

Beschluss

Keinen Fußbreit den Terroristen – Deutschland bleibt weltoffen und tolerant.

Der islamistische Terrorismus erschüttert mit seinen menschenverachtenden Taten – allen voran durch die Verbrechen des sog. „Islamischen Staats“ (IS) – nicht nur die arabische Welt, sondern versetzt auch viele Menschen in Europa in Angst und Schrecken. Die Attentate in Frankreich und Belgien zeigen exemplarisch die Verachtung, die diese Terroristen unseren Grundrechten und den Werten von Toleranz, Freiheit und Weltoffenheit entgegenbringen. Wir in Deutschland ermöglichen die freie Gestaltung von Lebensentwürfen. Das gilt es in diesen Zeiten wieder in den Vordergrund zu stellen.

Polizisten sorgen für Sicherheit. Nicht Paragraphen.

Terroristen versuchen durch ihre Taten nicht nur das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung nachhaltig zu erschüttern, sondern auch unsere bürgerlichen Freiheitsrechte in Frage zu stellen. Unser Rechtsstaat ist zwar in der Pflicht unter Berücksichtigung der Grundrechte für ein Maximum an Sicherheit der Bürger zu sorgen. Allerdings ist genauso klar, dass es eine absolute Sicherheit niemals geben wird. Wir haben als Bürgergesellschaft die Aufgabe Rufe nach bürgerrechtseinschränkenden Gesetzen mit größtmöglicher Skepsis zu begegnen.

Als Reaktion auf diese Ängste mehren sich in zunehmenden Ausmaß Stimmen in der Bundes- und Landespolitik, die diese Befürchtungen nicht durch beherztes und rechtsstaatliches Handeln abbauen, sondern in Teilen diese Ängste auch noch befeuern. Die Empfehlung der Bundesregierung zu Hamsterkäufen, die Wiedereinführung der Vorratsdatenspeicherung oder der Ruf nach einem Einsatz der Bundeswehr im Inneren – all dies schützt niemanden vor Terroranschlägen. Für uns Freie Demokraten ist klar: Freiheit verteidigt man nicht, indem man sie aufgibt.

Die FDP Baden-Württemberg ist deshalb der Überzeugung, dass

- massive Bürgerrechtseinschränkungen wie eine anlasslose Vorratsdatenspeicherung unsere Freiheitsrechte nicht schützen, sondern sie weiter einschränken.
- nicht mehr Paragraphen, sondern mehr Personal bei Polizei und Justiz zu einer Stärkung der Inneren Sicherheit führen. Eine bessere Ausstattung mit Technik und Personal sowie ein Abbau der massiven Überstunden müssen in den Beratungen der Länderhaushalte und des Haushalts des Bundes absolute Priorität erhalten.
- Terror nicht an Grenzen Halt macht. Wir Freie Demokraten wollen deshalb das EU-Anti-Terrorzentrum (ECTC) zu stärken. Es erscheint sinnvoll, hier die nachrichtendienstlichen Datenbanken aller EU-Staaten zu vernetzen und ein Zugriff der EU-Sicherheitsbehörden auf die Daten von EURODAC unter strengen rechtsstaatlichen Regeln zu ermöglichen. Dazu bedarf es zunächst einer gemeinsamen Neuregelung für den Datenaustausch mit den Nachrichtendiensten von Drittstaaten.
- FRONTEX zu einem echten europäischen Grenz- und Küstenschutz weiterentwickelt werden muss, um dadurch einen Beitrag zum Schutz der EU-Außengrenzen zu leisten.
- eine konsequente Anwendung der Befugnisse für Gefahrenabwehrmaßnahmen bei Gefährdern – beispielsweise von Meldeauflagen, Näherungsverboten und

gegebenenfalls der elektronischen Fußfessel sowie lückenlosen Observationen erforderlich ist.

- für eine erfolgreiche Bekämpfung der Cyberkriminalität eine grenzüberschreitende europäische Zusammenarbeit und ein Informationsaustausch unter hohen Datenschutzstandards erforderlich ist. Wir Freie Demokraten unterstützen zudem einen personellen Ausbau und eine bessere technische Ausstattung der Cybercrime-Abteilungen in den Sicherheitsbehörden.

Fellbach, 5.1.2017